

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	<p><b>FALL 1</b></p> <p>Die Einwohnergemeinde Thun ist Eigentümerin einer Parzelle in der Gemeinde Thun. Sie hat der Constructa AG ein Baurecht eingeräumt, die ein Baugesuch eingereicht hat. Nach drei Monaten Bautätigkeit hat der archäologische Dienst Überreste einer alten Siedlung entdeckt. Diese kann nicht erhalten und muss dokumentiert werden. Die Kosten belaufen sich auf CHF 1Mio. Die Stätte ist nicht im archäologischen Inventar enthalten.</p> <p>Die Erziehungsdirektion gelangt an die EWG Thun und verlangt die Bezahlung von CHF 500'000.00. Wie kann sich die EWG Thun wehren?</p> <p>Was hat die WEG Thun gemacht? Auf welcher Grundlage?</p> <p>Art. 24 Denkmalpflegegesetz regelt „wissenschaftliche Untersuchungen“ bzw. die damit verbundenen Kosten. Sind die Voraussetzungen vorliegend erfüllt? Muss Thun bezahlen?</p>	<p>Bei der Kostenauflegung handelt es sich um eine Verfügung (alle Voraussetzungen erfüllt). Die Verfügung erging gestützt auf öffentliches Recht → Denkmalpflegegesetz. Der archäologische Fund fällt unter die Bestimmungen dieses Gesetzes (Art. 2).</p> <p>Art. 24 Abs. 3 lautet wie folgt: „Die Kosten der Untersuchung trägt der Kanton. Gemeinden oder andere Trägerinnen und Träger öffentlicher Aufgaben beteiligen sich nach ihren finanziellen Möglichkeiten im Rahmen von 10 bis 50 Prozent an den Kosten, soweit das betreffende Grundstück in ihrem Eigentum steht und sie die Untersuchung verursacht haben. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.“</p> <p>Der Kanton hat vorliegend seine Möglichkeiten ausgeschöpft und die Hälfte der Kosten der Gemeinde übertragen.</p> <p>Es handelt sich vorliegend um eine archäologische Stätte, die nicht erhalten werden kann. Das Baurecht hat keinen Einfluss auf die Eigentumsverhältnisse.</p> <p>Die EWG Thun hat aber die Untersuchungskosten nicht verursacht. Vielmehr ist es die Constructa gewesen. Nur durch deren Bauarbeiten ist die Stätte überhaupt aufgetaucht.</p>

		<p>Ist dies ein Argument?</p> <p>Wie sieht es vorliegend mit der Zuständigkeit aus?</p> <p>Auch ohne Blick in das Gesetz. Welche Instanz wird vermutlich zuständig sein?</p> <p>_____</p> <p><b>FALL B</b></p> <p>Die Gemeinde Clavaleyres (BE) möchte mit der Gemeinde Murten (FR) fusionieren und zum Kanton Fribourg wechseln.</p> <p>Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit die Fusion und der Kantonswechsel beschlossen und vollzogen werden können?</p> <p>Was wird Gegenstand der kantonalen und kommunalen Abstimmung sein?</p> <p>Darf der Kanton Bern dies alleine entscheiden?</p>	<p>Nein. Dieses Argument ist unbeachtlich, da die EWG Thun das Baurecht zwecks Überbauung eingeräumt hat.</p> <p>Dennoch muss es doch eine Möglichkeit geben, die Kosten nicht verursacht zu haben. EWG Thun hat nichts davon gewusst, die Kosten sind nicht ihr zuzurechnen.</p> <p>Art. 38ff. Denkmalpflegegesetz enthält keine Hinweise auf eine Instanz. VRPG gelangt zur Anwendung.</p> <p>Gegen Verfügungen der ERZ steht die Beschwerde ans Verwaltungsgericht offen.</p> <p>_____</p> <p>Es handelt sich um eine Kantonale Gebietsveränderung für BE (in der KV geregelt, vorliegend keine blosse Grenzkorrektur). Hierfür braucht es eine obligatorische Abstimmung (Art. 61 Abs. 1 lit. d KV).</p> <p>Die Gemeindefusion ist im jeweiligen Gemeindegesetz (FR und BE) geregelt. Gemeindefusionen werden grundsätzlich gefördert. Hier handelt es sich aber um eine interkantonale Fusion.</p> <p>In BE wird (1) eine kantonale Volksabstimmung verlangt.</p> <p>Auf kommunaler Ebene braucht es die (2) Zustimmung der Stimmbevölkerung.</p> <p>Zusätzlich braucht es (3) eine interkantonale Vereinbarung</p> <p>Gegenstand ist die Genehmigung der interkantonalen Vereinbarung.</p> <p>Verweis auf Art. 53 Abs. 3 BV.</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	X wird vom Regionalgericht Bern-Mittelland (Einzelgericht) vom Vorwurf der sexuellen Nötigung freigesprochen aber wegen Vergewaltigung zu 23 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Kosten werden dem Kanton Bern auferlegt.	
		Die Privatklägerin (PK) meldet Berufung betreffend die Sanktion an und verlangt 24 Monate Freiheitsstrafe (unbedingt).	
		Kann die PK dies tun?	Nein. Das Obergericht wird auf die Berufung nicht eintreten, weil die PK betreffend Sanktion nicht beschwert ist.
		Grund?	Sie hat betreffend Vergewaltigung vollständig obsiegt. Ihr ist aus dem Urteil kein Nachteil erwachsen. Die Sanktion und deren Höhe ist Sache der Staatsanwaltschaft.
		Wie ist es, wenn gar keine Strafe ausgesprochen wird, der Beschuldigte beispielsweise im Sinne von Art. 177 Abs. III StGB von der Strafe befreit wurde? Könnte die PK das Urteil anfechten?	Der Beschuldigte ist zwar schuldig, von der Strafe wird lediglich Umgang genommen. Es können hier beide Meinungen vertreten werden (Anfechtung zu bejahen, falls Umgang als Beweisfrage qualifiziert).
		Wie würden Sie als Verfahrensleiter vorgehen, wenn Sie mit einer solchen Berufung konfrontiert würden?	Vorgehen im Verfahren gemäss Art. 379ff. StPO.
		Der Beschuldigte, wie auch die Staatsanwaltschaft, legen selbständig Berufung ein. Der Beschuldigte verlangt einen Freispruch, die Staatsanwaltschaft verlangt eine zusätzliche Verurteilung wegen sexueller Nötigung. Wie würden Sie als Verfahrensleiter vorgehen?	Art. 403 Abs. 2 bzw. allgemein 403 ff. StPO. Es werden nur die angefochtenen Punkte geprüft. Es müsste rechtliches Gehör gewährt werden. Den Parteien würde die Möglichkeit gegeben, zu den Anträgen der Gegenseite Stellung zu nehmen. Insbesondere würde Ihnen die Möglichkeit zur Anschlussberufung sowie zur Geltendmachung von Nichteintretensgründen gegeben. Frist: 20 Tage.
		Was ist, wenn der Beschuldigte nach Anmeldung der Berufung verstirbt?	Eine Prozessvoraussetzung fällt weg, das Verfahren wird eingestellt.
		Was ist eine Anschlussberufung?	Ist keine eigenständige Berufung (Art. 401 StPO). Es kann die Abänderung des ganzen erstinstanzlichen Verfahrens beantragt werden. Es handelt sich um ein taktisches Instrument der Staatsanwaltschaft, was den Beschuldigten davon abhalten kann, die Berufung zurückzuziehen.
		Macht eine Anschlussberufung durch den Beschuldigten vorliegend Sinn?	Ein Ausweiten macht hier keinen Sinn, er wurde vollständig freigesprochen.

		<p>Und eine durch die Staatsanwaltschaft?</p> <p>Betreffend PK?</p> <p>Was passiert mit den erstinstanzlichen Kosten, wenn der Beschuldigte wieder freigesprochen wird?</p> <p>Kann die Staatsanwaltschaft zusammen mit dem Schuldspruch oberinstanzlich eine Freiheitsstrafe von 28 Monaten fordern?</p>	<p>Kann Sinn machen betreffend Kostenliquidation (Art. 399 Abs. 4 lit. f StPO).</p> <p>Falls die PK nicht alles erhalten hat im ersten Verfahren, kann sie Anschlussberufung anmelden (auch betreffend den Zivilpunkt).</p> <p>Die Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens können ihm nicht auferlegt werden und er hätte im zweiten Verfahren eine Entschädigung zugute.</p> <p>Im ersten Verfahren wurden 23 Monate ausgesprochen. Die Bemessung ist grundsätzlich anfechtbar. Die Staatsanwaltschaft kann grundsätzlich mehr als im ersten Verfahren verlangen.</p> <p>ABER: Problem bildet die Tatsache, dass die einzelrichterliche Kompetenz im erstinstanzlichen Verfahren nur bis 24 Monate geht. Ergibt ein Urteil, das über dieser Grenze liegt, entfällt die Zuständigkeit und das Urteil wäre nichtig. Die Staatsanwaltschaft kann somit vorliegen nicht mehr als 24 Monate Freiheitsstrafe verlangen.</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönnimann	<p>Ein Ehepaar lässt sich scheiden. Sie haben eine Konvention abgeschlossen und sich über Güterrecht und Alimente geeinigt. Das Gericht hat die Konvention genehmigt und die Ehegatten geschieden.</p> <p>Nach einiger Zeit erfährt der Ehemann (EM), dass die Ehefrau (EF) ihm Vermögenswerte im Wert von CHF 1 Mio. verheimlicht hat.</p> <p>Sie vertreten den EM. Was können Sie tun?</p> <p>Ist das unser Fall? Um was geht es?</p> <p>Wie ist demzufolge nun vorzugehen?</p> <p>Ist ein Gesuch ausreichend?</p> <p>Reicht die Schilderung des Sachverhaltes im Gesuch aus?</p> <p>Wer ist zuständig, falls eine Kampfscheidung erfolgt ist, keine Konvention vorliegt und die Nebenfolgen der Scheidung bereits vom OGer beurteilt worden sind?</p>	<p>Es ist zu überlegen, ob die Konvention abgeändert werden kann. Diese ist durch die Genehmigung des Gerichts in formelle Rechtskraft erwachsen. Falls sich die Verhältnisse grundlegend geändert haben, kann die Konvention gemäss Art. 129 ZGB abgeändert werden.</p> <p>In Art. 129 ZGB geht es um Alimente. Zudem haben sich die Verhältnisse seit der Konvention nicht verändert. Die Vermögenswerte der EF waren schon damals vorhanden. Es muss also eine Revision des Ehescheidungsurteils nötig (Art. 328 Abs. 1 lit. c ZPO).</p> <p>Die Vereinbarungen über Güterrecht und Unterhalt unterstehen der Dispositionsmaxime. Dort ist das Scheidungsurteil wie ein Vergleich zu behandeln. Art. 128 Abs. 1 lit. c ZPO ist anwendbar. Ein Teil des Urteils hat materiell-rechtlichen Gehalt.</p> <p>Vorliegend haben wir es mit einem Fall von Art. 28 OR (Willensmängel/absichtliche Täuschung) zu tun. Das Verschweigen gilt auch als Handlung. Gemäss Art. 126 ZGB haben die Ehegatten gegenseitige Aufklärungspflichten.</p> <p>Die Revision eines Urteils hat keinen Devolutiveffekt. Es ist ein Gesuch bei der unteren Instanz einzureichen, das einen neuen Entscheid fällen wird.</p> <p>Es ist die Frist von 90 Tagen seit Entdecken des Revisionsgrundes zu beachten (inkl. absolute Frist von 10 Jahren).</p> <p>Es sind Rechtsbegehren und Anträge zu stellen. Gemäss Art. 31 OR ist auch die materiell-rechtliche Frist zu beachten.</p> <p>Wie auch im ersten Fall das Obergericht. Zudem braucht es einen anderen Revisionsgrund (Art. 328 Abs. 1 lit. a ZPO).</p>

		<p>Der EM hat zwar vom Vermögen der EF erfahren, ist sich aber nicht sicher, ob es wirklich existiert. Er hat keinen Beleg hierfür, weiss davon nur vom „Hörensagen“. Folgen?</p> <p>Sonstige Möglichkeiten?</p>	<p>Es müssen Beweisanträge gestellt werden: Bspw. ein Auskunftsbeglehen.</p> <p>Vorsorgliche Beweisführung, Art. 158 Abs. 1 lit. b ZPO. Hierfür sind schutzwürdige Interessen notwendig. Diese liegen vor, da es dem EM ohne die Information gar nicht möglich ist, seinen Anspruch geltend zu machen. Zudem muss er die Fristen im Auge behalten.</p>
--	--	--	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	<p><u>Verbal/Anmerkung:</u> Sachverhalt ausgeteilt und nicht vorgelesen.</p> <p>Frau X ist eine natürliche Person, die ein Grundstück an ihre Tochter verkauft. Gleichzeitig erwirbt sie eines sich. Welche Steuern fallen bei Frau X an?</p> <p>Fallen die Steuern auf Stufe Bund und Kanton an? Was, wenn der Kanton Bern auf die Erhebung von Grundstückgewinnsteuern verzichten möchte?</p> <p>Was antworten Sie nun Frau X betreffend Steuerfolgen des Verkaufs? Wie werden Grundstückgewinnsteuern erhoben?</p> <p>Was sind Anlagekosten</p> <p>Wie erfolgt die Abgrenzung betreffend wertvermehrnde Aufwendungen.</p> <p>Weshalb wird diese Abgrenzung gemacht?</p> <p><u>Verbal/Anmerkung:</u> Ergänzende Informationen zum Sachverhalt werden ausgeteilt. Die Liegenschaft wurde im 2002 saniert.</p> <p>Was ist die Dumont-Praxis? Wann wurde diese aufgegeben?</p> <p>Was, wenn die Liegenschaft im 2000 gekauft und erst im 2008 saniert worden wäre?</p>	<p>Auf Stufe Bund und Kanton fallen im Privatvermögen keine Einkommenssteuern an. Beim Verkauf an die Tochter könnten Grundstückgewinnsteuern sowie bei der Tochter Handänderungssteuern anfallen (Art. 126ff. StG). Das zweite Geschäft würde bei X keine Grundstückgewinn- sondern nur Handänderungssteuern auslösen.</p> <p>Der Bund erhebt keine Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern. Zudem macht das StHG verbindliche Vorgaben. Ein Verzicht ist nicht möglich (ergibt sich aus Art. 2 StHG).</p> <p>Aus dem Verkauf resultiert ein Erlös von CHF 800'000.00. Der Grundstückgewinn setzt sich zusammen aus Erlös abzüglich Anlagekosten.</p> <p>Geregelt in Art. 137 Abs. 1 StG. Hinzu kommen die Aufwendungen gemäss Art. 142 StG. Die Aufwendungen sind wertvermehrnde Investitionen und untrennbar mit dem Grundstück verbundene Aufwendungen.</p> <p>Es gibt werterhaltende und wertsteigernde Aufwendungen.</p> <p>Erhaltende Aufwendungen können von der Einkommenssteuer abgezogen werden. Die wertsteigernden Aufwendungen können vom Erlös der Grundstückgewinnsteuer abgezogen werden.</p> <p>[Erläuterung Theorie]. Die Dumont-Praxis besagt, dass Instandstellungskosten einer vernachlässigten Liegenschaft in den ersten fünf Jahren nach Erwerb nicht zum Abzug berechtigen. Die Unterhaltskosten wurden halbiert. Bei solch sofortigen Totalsanierungen wurde die Hälfte als wertvermehrend und bei der Einkommenssteuer nicht zum Abzug zugelassen. Diese Praxis wurde durch das BGE begründet und 2010 aufgegeben.</p> <p>Das Zeitfenster von 5 Jahren wäre nicht eingehalten.</p>

	<p>Wie hoch sind die Anlagekosten im Kanton Bern wenn im 2002 bei den Einkommenssteuern keine Abzüge und Auslagen für die Handänderung von CHF 20'000.00 gemacht worden sind?</p> <p>Angenommen, X verkauft ihre neu erworbene Liegenschaft in Thun mit einem Erlös von CHF 650'000.00. Folgen?</p> <p>Ist dies bereits der Grundstücksgewinn?</p> <p>X zieht nach dem Verkauf in eine Mietwohnung. Hat dies einen Einfluss? Was ist im Hinblick vom ersten auf den zweiten Grundstückverkauf zu beachten?</p> <p>Was, wenn ein Gewinn resultiert hätte?</p>	<p>Der damalige Erwerbspreis war CHF 400'000.00. Es gab Aufwendungen von CHF 40'000.00 und Handänderungskosten von CHF 20'000.00. Zudem haben wir Anlagekosten von CHF 120'000.00. Dies ergibt einen Rohgewinn von CHF 0.00 bzw. einen Grundstücksverlust von CHF 20'000.00 (Erlös minus Anlagekosten).</p> <p>Der Grundstücksgewinn beträgt CHF 90'000.00.</p> <p>Nein, dies ist der Rohgewinn X könnte evtl. einen Besitzesdauerabzug geltend machen und den Verlust anrechnen (Sofortverkauf nach Erwerb und Zuschlag für kurze Besitzesdauer von 70%) kommt vorliegend nicht zum tragen. Eine Verlustanrechnung richtet sich nach Art. 143 StG.</p> <p>Es könnte sich um eine Ersatzanschaffung handeln. In diesem Falle wäre der Grundstücksgewinn aufgeschoben worden. Vorliegend resultierte aber ein Verlust.</p> <p>Art. 144 StG (kann geltend gemacht werden, falls mehr als 5 Jahre in der Liegenschaft gewohnt). Vorliegend war Frau X 16 Jahre in ihrer Liegenschaft, was einen Besitzesdauerabzug von 32% ergibt.</p>
--	--	---